

## Bildungsgipfel III – Merkels „Bildungsrepublik“ am Ende

**Im Juni 2010 ist auch der dritte Bildungsgipfel von Bundeskanzlerin Merkel gescheitert. Der Kanzlerin ist es nicht gelungen, das Versprechen einzulösen, gemeinsam mit den Ländern eine verbindliche Erhöhung der Bildungsausgaben zu vereinbaren.**

Bereits vor zwei Jahren hatte Frau Merkel vollmundig die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen und die Ministerpräsidenten der Länder zu einem sogenannten Bildungsgipfel eingeladen. Bei diesem ersten „Gipfel“ im Dezember 2008 vereinbarten Bund und Länder das sogenannte 10-Prozent-Ziel: Spätestens 2015 – so die damalige Absprache – sollen in Deutschland 10 Prozent der Wirtschaftsleistung für Bildung und Forschung ausgegeben werden, drei Prozent für Forschung – sieben Prozent für Bildung.

Ein Versprechen an die junge Generation, das sowohl Kanzlerin Merkel als auch Bildungsministerin Schavan zwei Jahre lang gebetsmühlenartig wiederholten – aber letzten Endes nicht einhalten konnten. Auch der dritte Anlauf im Juni 2010 ist gescheitert. Übrig ist nur noch eine vage Absichtserklärung. Ein weiteres Treffen ist nicht mehr geplant. Allein das ist ein klares Zeichen dafür, dass Schwarz-Gelb das 10-Prozent-Ziel faktisch aufgegeben hat.



Für das Scheitern von Merkels „Bildungsrepublik“ sind vor allem zwei Gründe verantwortlich:

- Erstens haben Union und FDP mit ihrer kurz-sichtigen und klientelorientierten Steuerpolitik die Finanzausstattung von Ländern und Kommunen erheblich unter Druck gesetzt. Sie haben damit die bildungspolitische Handlungsfähigkeit der Länder, Städte und Gemeinden zusätzlich eingeengt, obwohl diese die Hauptverantwortung für das Bildungswesen

in Deutschland tragen. Die Forderung der Länder, auch durch einen höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen eine tragfähige Finanzgrundlage für diese Aufgabe zu schaffen, wurde von der Bundesregierung abgelehnt.

- Zweitens ist der Bildungsgipfel auch an der schlechten Bildungspolitik von Frau Schavan gescheitert. Beispiele sind das unsoziale und fachlich schlechte Stipendiengesetz oder die sogenannten „Bildungsbündnisse“, mit denen Bildungsgutscheine öffentlich finanziert, aber privat an den Bildungsinfrastrukturen vorbei verteilt werden sollen. All diese Schavan-Projekte leisten keinen nachhaltigen Beitrag für mehr Chancengleichheit oder bessere Bildung, kosten aber viel Geld. Der Widerstand vieler Länder gegen diese Vorhaben ist aus bildungspolitischer Sicht nur konsequent.

Am Ende trugen Frau Merkel und Schavan persönlich die Verantwortung dafür, ihr Gipfel-Versprechen nicht einlösen zu können.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, ohne Wenn und Aber am 10-Prozent-Ziel bis 2015 festzuhalten und hierfür einen klaren Fahrplan mit den Ländern vorzulegen.

Dabei müssen zwei Punkte im Zentrum stehen:

- Erstens muss der Bund den Ländern und Kommunen entgegenkommen, um mehr Geld für Bildung gerecht zu finanzieren und dauerhaft abzusichern. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, den Spitzensteuersatz auf sehr hohe Einkommen anzuheben und die Mehreinnahmen verbindlich in bessere Bildung zu investieren.
- Zweitens müssen sich Bund und Länder konsequent darum kümmern, die Bildungsinfrastruktur auszubauen. Konkret bedeutet das: mehr und bessere Krippen und Kitas für die frühkindliche Bildung, ein flächendeckendes Angebot an guten Ganztagschulen, mehr Studienplätze und bessere Lehre an den Hochschulen. Außerdem: Gebührenfreiheit von Bildung für alle von Anfang an.

Eine gute Infrastruktur auf einem soliden Finanzierungsfundament – das wäre der richtige Bauplan für die Bildungsrepublik Deutschland. Und ein gutes Versprechen an die junge Generation von heute und morgen.